

36. Genehmigung der 52. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Altenberge (i.V.m. dem Bebauungsplan Nr. 77 „Industriegebiet L 874“)

Der Rat der Gemeinde Altenberge hat mit Beschluss vom 23.06.2008 die 52. Änderung des Flächennutzungsplanes beschlossen. Die Begründung mit dem Umweltbericht zur Flächennutzungsplanänderung wurde gebilligt.

Die Bezirksregierung Münster als höhere Verwaltungsbehörde hat die Flächennutzungsplanänderung am 18.09.2008 mit nachstehendem Bescheid genehmigt:

**„Genehmigung der 52. Änderung
des Flächennutzungsplanes
der Gemeinde Altenberge**

Gemäß § 6 des Baugesetzbuches genehmige ich die vom Rat der Gemeinde Altenberge am 23.06.2008 beschlossene Änderung des Flächennutzungsplanes.

Münster, 18.09.2008

Bezirksregierung Münster
Az.: 35.02.01.01-ST-15/08

Im Auftrag
gez. Lohrengel-Goeke“ (Siegel)

Die vorstehende Genehmigung der Bezirksregierung Münster wird hiermit gemäß § 6 Abs. 5 BauGB öffentlich bekannt gemacht. Mit dem Tage dieser Bekanntmachung wird die 52. Änderung des Flächennutzungsplanes wirksam. Jedermann kann die Flächen-nutzungsplanänderung, die Begründung und die zusammenfassende Erklärung im Rat-haus der Gemeinde Altenberge, Kirchstraße 25, 48341 Altenberge, -V. Obergeschoss, Bauamt/Zimmer 5.4 während der Dienststunden (montags bis freitags 08.30-12.30 Uhr sowie donnerstags 14.00-17.30 Uhr) einsehen und über den Inhalt Auskunft verlangen.

Der Geltungsbereich der 52. Änderung des Flächennutzungsplanes ist in der diesem Amtsblatt beigefügten Übersichtskarte (S.97) dargestellt.

Auf die Rechtsfolgen der nachstehenden Bestimmungen des Baugesetzbuches (BauGB) und der Gemeindeordnung NRW (GO NW) wird hingewiesen:

Hinweise gemäß § 215 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB):

Unbeachtlich werden

- (1) eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
- (2) eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungs-plans und
- (3) nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Flächennutzungsplans oder der Satzung schriftlich gegenüber der Gemeinde unter Darlegung des die Verlet-zung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Satz 1 gilt entspre-chend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

Hinweise gemäß § 7 Abs. 6 Gemeindeordnung (GO NRW):

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften dieses Gesetzes gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

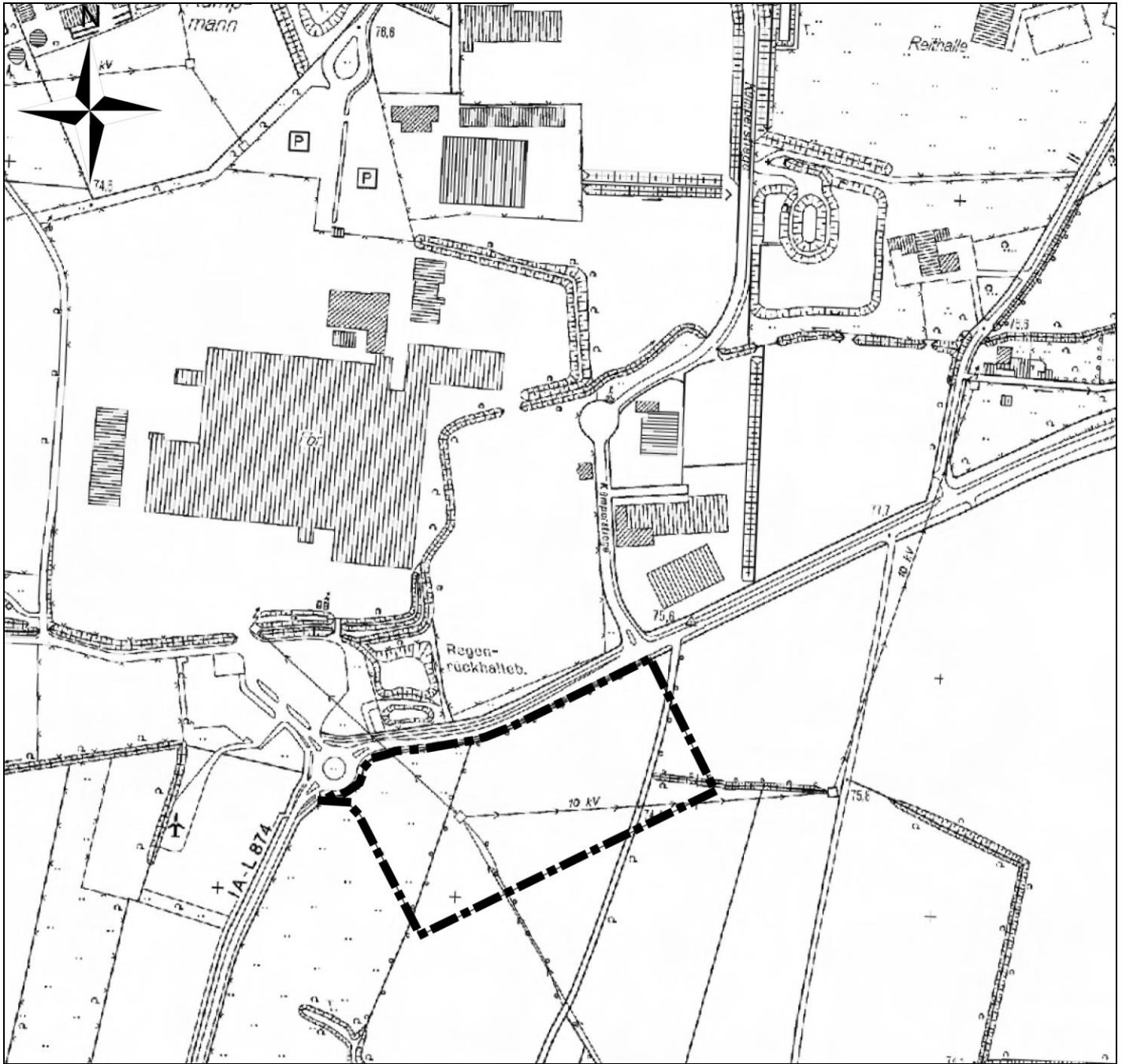
Altenberge, den 09.12.2016

DER BÜRGERMEISTER

gez. Paus

Anlage
zu der Bekanntmachungen lfd. Nr.36
im Amtsblatt Nr. 12/2016 der
Gemeinde Altenberge

ÜBERSICHTSKARTE



M 1:5.000



Geltungsbereich der 52. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Altenberge, zugleich Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 77 „Industriegebiet L 874“